

Fraktion DIE LINKE / GAL

Rede zum Entwurf des Haushalts 2014

Sieht man von den großen Investitionen in den Bereichen Sportanlagen, Sesekeufer und energetische Sanierung ab, so beinhaltet der Entwurf des Kämmerers kaum Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Weitere Kürzungen in den Bereichen „Jugend“, „Soziales“, „Kultur“ und „Schule“ gibt es nicht – in diesen Bereichen hatte sich die linksalternative Fraktion bekanntlich gegen viele kleinere Positionen im Haushaltssicherungskonzept (HSK) gewandt, das natürlich auch in 2014 wieder Grundlage des Haushaltsplans ist. Aber immerhin werden die Strukturen gehalten.

Ein kleines Schmankerl zum Bereich Kultur: in den Erklärungen werden die kulturellen Aktivitäten der Stadt aufgeführt und der Absatz schließt mit dem Satz: „Dieses Angebot wird kontinuierlich ausgebaut.“ – Von neuen Vorhaben ist aber an keiner Stelle die Rede und mehr Geld wird natürlich auch nicht zur Verfügung gestellt. Die personellen Änderung – Stichwort: Stadthalle – lassen nicht gerade Innovation erwarten.

Mit der Erhöhung der Gebühren für die VHS-Kurse – zusammen mit den zwei „gemäßigten“ Steigerungen 2009 und 2011 haben wir in fast allen Bereichen eine Verdoppelung der Kursgebühren im Vergleich zur Zeit vor den letzten Kommunalwahlen – werden Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten. Das war und ist schon bei Erhöhung der Grundsteuer so, die den größten Teil zur Haushaltssicherung beiträgt – und 2018 ist die nächste Erhöhung von 580 auf 690 Prozent vorgesehen.

Es gibt weitere Gründe, den Haushalt abzulehnen. Vor anderen Maßnahmen – wie zum Beispiel einer Gewerbesteuererhöhung – schreckt die Stadt zurück.

Doch was bekommen die Kamenerinnen und Kamener dafür?

- Für die Menschen in Heeren-Werve – und vor allem deren Kinder – hat sich durch die Schließung des Freibades das Angebote und dadurch die Lebensqualität eher verschlechtert.
- Nach der Eigenständigkeit des Krankenhauses ging auch die Geburtsabteilung verloren.

Natürlich sind auch wir froh, dass in das alte Karstadt- bzw. Hertiehaus wieder Leben kommt. Doch statt einer erhofften Kaufhausansiedlung mit

einem guten Textilangebot gibt es eine Mall mit bestehenden Angeboten (Rewe zieht um und hinterlässt einen Leerstand an anderer Stelle) oder (Billig-)Konkurrenz für bestehende gute Angebote (Deichmann für Wolter, Rossmann für dm). Wird der Substanzverlust dadurch wirklich gestoppt? Sichtbar ist nur der Ausbau von Ansiedlungen, die mehr Verkehr produzieren: nach den Schnellrestaurant an der Autobahnauffahrt lockt im Rest-Karree KFC die Autofahrer.

Zum ersten Mal werden die Einnahmen, die bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs durch Bußgelder erzielt werden, deutlich erhöht. Wenn schon keine Parkgebühren, so sollte wenigstens vernünftig kontrolliert werden, war immer die Argumentation unserer Fraktion. Doch ist diese Maßnahme vor dem Durcheinander von privaten Parkgebühren und freiem Parken auf öffentlichen Flächen eher der Konzeptlosigkeit der Verwaltung zuzuschreiben. Wohl auf dem falschen Fuß haben wir unseren Kämmerer mit der Frage erwischt, welche politische Absicht hinter der Verdoppelung der Bußgeldeinnahmen stecke. „Keine politische Absicht“, schrieb uns Herr Mösgen, es werde nur der gesetzliche Auftrag erfüllt. Dies impliziert natürlich die Frage, warum dieser gesetzliche Auftrag bislang nicht erfüllt wurde.

Wir wollen nicht in Vergessenheit geraten lassen: Der Rat verzichtet auf rund 400 000 Euro Einnahmen durch Parkgebühren!

Wir sind durchaus der Meinung, dass der Haushalt solide geplant ist, aber unklar ist, wie sich die jetzt zu tätigen Investitionen auf die nächsten Haushalte auswirken. Natürlich unterstützen wir vor allem die Ausgaben zur energetischen Sanierung der Schule und auch die zur Attraktivierung der renaturierten Seseke im Innenstadtbereich. Doch das, was jetzt gebaut wird, wird den Haushalt durch die Abschreibungen in den nächsten Jahren belasten.

Und unklar ist, ob durch den Verkauf des Hemsacks, mit dem eine alte Fußballtradition verschwindet, die Mittel für die Kunstrasenplätze im Jahnstadion und an der Gesamtschule erwirtschaftet werden können.

Und diesmal zum Ende: für die unzureichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sind Politikerinnen und Politiker der gleichen Parteien zuständig, die vor Ort dieses Dilemma beklagen. In der Herbsttagung der Kämmerer der NRW-Kommunen verabschiedeten diese ihre „Mönchengladbacher Erklärung“, in der 8 Forderungen zur Rettung der Kommunalfinanzen formuliert sind. Nur: im Koalitionsvertrag, über den die Mitglieder der SPD gerade abstimmen, ist keine dieser Forderungen enthalten.

Und auch Steuererhöhung wird es mit Union und SPD nicht geben. Dabei hatten die Sozialdemokraten diese doch im Wahlkampf verlangt.

Mit der Abschaffung der Vermögenssteuer, deren Wiedereinführung der Rat auf Initiative unserer Fraktion gefordert hat, oder der Senkung des Spitzensteuersatzes hatten die Bundesregierungen rot-grün, schwarz-rot und schwarz-gelb die öffentlichen Kassen nahezu zugrunde gerichtet. Selbst in einer Zeit der Hochkonjunktur und der damit sprudelnden Steuereinnahmen beim noch Verbliebenen

geht es nicht voran –

die Zeche zahlt der „kleine Mann“.

Die Netto-Vermögen in Deutschland wachsen um über 9000 Euro pro Sekunde und stehen bei fast 10 Billionen Euro – die Staatsverschuldung wächst aber ebenso, zwar „nur“ um 634 Euro pro Sekunde auf knapp über 2 Billionen Euro. Wenn die Reichsten nur ein Fünftel abgeben würden – aber das bleibt wohl ein Traum!

Es gilt das gesprochene Wort.

Klaus Dieter Grosch

(Fraktionsvorsitzender)